

Luzerner Wirtschaftstage 2005

Ueberregulierung / sinnvolle Marktsteuerung - Sind wir auf dem richtigen Weg?

oder

Neue Impulse braucht unser Land

Einleitung

Die Organisatoren haben für die Luzerner Wirtschaftstage 2005 ein Symbol gewählt, das vor allem bei Politikern eher zwiespältige Erinnerungen aufkommen lässt. Dazu zwei mehr oder weniger aktuelle Beispiele:

- Der Flieger erinnert in seiner schlichten Eleganz an die Concorde; an dieses europäische Gemeinschaftswerk, welches bekanntlich nicht gerade als Erfolgsgeschichte endete und eher als Negativpunkt denn als Glanzlicht in die jüngere europäische Wirtschaftsgeschichte eingegangen ist.
- Wäre heute an Stelle von Hr. BR Deiss der Bundespräsident, seines Zeichens helvetischer Verteidigungsminister und oberster eidg. Rüstungsbeschaffer anwesend, er würde unweigerlich an die jüngsten Parlamentsentscheide erinnert. Für zwei neue Transportflieger oder 20 Helikopter stellte das Parlament die Lampe auf orange bis rot. Beim Anblick eines so eleganten Kampffliegermodells würde dem Herrn Bundespräsidenten Angesicht der Tatsache, dass die Schweizer Luftwaffe dringend Erneuerungsbedarf hat, - und in Erinnerung an das fliegerkritische Parlament, eher Angst und Bange als Wohl ums Herz.

Nun, das waren zwei eher ironische Bemerkungen.

Wenn die Veranstalter diesen Flieger gleichwohl als Symbol für die Veranstaltungen gewählt haben, hat das nämlich eine ganz andere Bewandnis. Der Flieger wird hergestellt aus überflüssigem Papier, welches in Zukunft in den Schweizer KMU hoffentlich nicht mehr benötigt wird. Und die neuen Impulse, welche morgen und übermorgen hier im KKL in Luzerner entwickelt werden, werden dann symbolisch in alle Landesteile per Luftpost verteilt.

Die Schweiz und die Globalisierung

Neue Impulse sind nötig in der „KMU Landschaft Schweiz“. Wenn Herr Bundesrat Deiss in seinem Grusswort schreibt, die Welt sei zu einem internationalen Marktplatz zusammengewachsen, hat er selbstverständlich Recht. Unsere Erde ist tatsächlich nicht mehr die Gleiche wie 1990. Als kurz zuvor in Berlin die Mauer fiel, passierte eben mehr, als dass „nur“ ein paar Steine von einander fielen. Damals waren die Auswirkungen für die Welt, im Speziellen für die Weltwirtschaft, nicht in allen Teilen absehbar. Inzwischen wissen wir, was unter dem, was wir „Globalisierung“ nennen, in rasantem Tempo abgelaufen ist. Und ob wir uns damit anfreunden können oder nicht, die Weiterentwicklung der Weltwirtschaft – dieser Begriff ist sprachlich wertneutraler als das Kürzel „Globalisierung“ - wird vor den Toren der Schweiz auch in Zukunft nicht halt machen. Wie hat es doch alt SR Franz Muheim in seinem Buch „Die Schweiz, Aufstieg oder Niedergang“ treffend beschrieben hat: „In allen Fällen wäre es unrealistisch, den Wirklichkeiten der grossen Welt entfliehen zu wollen, wie immer diese auch geartet sind“.

Auf Ungereimtheiten in der Wirtschaft reagiert die Politik mit neuen Regulierungen

Sie fragen sich, meine Damen und Herren, welche Bewandnis diese einleitende Bemerkung mit dem Thema des heutigen Nachmittags hat. Die Ursache – sagen wir es einmal etwas diskret – der Regulierungsfreundlichkeit des Staates ist unter anderem in dem geschilderten veränderten Umfeld der Weltwirtschaft zu suchen. Die staatlichen Organe reagieren immer wieder

auf (negative) Auswüchse in diesem Veränderungsprozess. Wenn Manager von Grossfirmen nach der Methode des „Wildwestkapitalismus“ – der Ausdruck stammt vom ehemaligen freisinigen Genfer Nationalrat Peter Tschopp – Abgangsentschädigungen in dreistelliger Millionenhöhe mitlaufen lassen, reagiert naturgemäss die Politik.

Wenn ein hoch dekoriertes Verwaltungsrat einer hoch kotierten nationalen Fluggesellschaft in einen Kaufrausch verfällt und marode Firmen zuhauf postet, was letztlich zum Absturz der ganzen Firma führt, verschärft die Politik, nachdem sie zuvor noch schnell zwei Milliarden Franken in den Sand gesetzt hat, drei, vier Gesetze, in der guten Hoffnung, dass ähnliches nicht mehr vorkommen kann.

Oder, wenn 5% der Lohnempfänger über Jahre hinweg übermässig sog. French Benefits beziehen, reagiert die schweizerische Steuerkonferenz mit einem neuen Lohnausweis. Damit werden selbstverständlich auch die übrigen 95% der Lohnempfänger beglückt. Wenn es nach dem ersten Ansinnen der Steuerkonferenz gegangen wäre, müsste Schreinermeister Lustenberger nun seinen drei Mitarbeitern, welche ihren PW während der Arbeitszeit vor der Werkstatt parkieren, dafür monatlich einen bestimmten Betrag als Lohnbestandteil verbuchen und abrechnen. Und meine Mitarbeiter dürften diese, von hoher Beamtenwarte aus Luzern und Bern bewertete Parkplatzerlaubnis im Entlebuch in harten CH-Franken versteuern.

Die Politik und die Verwaltung – die Reihenfolge müsste eigentlich umgekehrt erfolgen und sie ist gleichzusetzen mit dem Eingeständnis eines Politikers, dass er eine gewisse Ohnmacht verspürt vis a vis der Eigendynamik der öffentlichen Verwaltungstätigkeit - kann ihre Aktivitäten im Regulieren immer und immer wieder begründen im (Fehl-)Verhalten von Gruppen oder Einzelnen oder in den negativen Auswüchsen bspw. der Globalisierung. Häufig sind es dann „Feuerwehrrübungen“, ausgelöst von Einzelfällen, aufgenommen von Gerechtigkeitsaktivisten, abgesegnet von einem verunsicherten Parlament und umgesetzt von buchstabengetreuen Beamten. Anstatt zu Beginn einer Veränderung zu agieren, wird reagiert, manchmal auch überreagiert. Hätten bspw. vor 10 Jahren die kant. Finanzdirektoren zusammen mit dem Vorsteher des eidg. Finanzdepartements beantragt, im Steuerharmonisierungsgesetz den Begriff „Lohn“ klar und unmissverständlich zu definieren und dabei die veränderte Praxis bei den French Benefits mit einbezogen, die leidige Diskussion über den neuen Lohnausweis wäre nie entstanden. Stattdessen hat die Steuerkonferenz ein neues kompliziertes Formular kreiert und im Uebereifer weit über das Ziel hinausgeschossen. Die Reaktion aus der Politik kam spät, aber umso heftiger; und heute stehen wir dort, wo wir vor 10 Jahren waren. Wenn man die verschiedenen parlamentarischen Aktivitäten auf kant. Ebene mitberücksichtigt, ist der neue Lohnausweis vermutlich gestorben. Und er wird in die Geschichte als Negativbeispiel eingehen, wie man es in der Schweiz nicht machen kann.

Deregulierungs-Wettbewerb

Allen Beteuerungen von Politikern und Chefbeamten zum Trotz, haben sich die administrativen Auflagen und die Regulierungsdichte gerade in den letzten 15 Jahren stark ausgeweitet. Jährlich kommen etwa 5'000 neue Seiten in der Gesetzessammlung des Bundes hinzu. Die einschlägigen Bestimmungen gelten nicht nur für die grossen Firmen, nein sie treffen auch die KMU. Denn, und das wird im Grundsatz auch von niemandem bestritten, vor dem Gesetz sind alle gleich. Nur, ein KMU mit 5 Mitarbeitern hat eben die über 2000 Seiten des Mehrwertsteuerrechts oder die Anleitung zum Ausfüllen der Pensionskassen-Abrechnung nicht im gleichen Mass intus wie ein 200-Mann Betrieb mit einer Finanzabteilung und zwei hauseigenen Juristen. Gemäss einem Bericht des Bundesrates werden in der Schweiz jährlich 2% des BIP für administrative Arbeiten im Zusammenhang mit staatlichen Vorschriften aufgewendet. Eine OECD Studie besagt, dass in Ländern wie Oesterreich, Finnland oder Belgien ein vergleichbarer Satz von 4 % existiert. Die Frage ist nun, sollen wir uns in der Schweiz darob freuen, oder wollen wir uns bemühen, der Entwicklung Einhalt zu gebieten.

Wenn man den Kanton Baselland als Beispiel und Vorbild nimmt, so zeichnet sich ein Silberstreifen am Horizont ab. In einer Volksabstimmung haben die Baselbieter jüngst eine Initiative mit 86% Ja-Stimmen angenommen, welche den Abbau der administrativen Belastung für die KMU in einem separaten Verfassungsartikel festschreibt. Mit dem gleichen Verhältnis wurde

gleichen Tags eine zweite Initiative gutgeheissen, welche die Stossrichtung des Anliegens auf Gesetzesstufe noch präzisiert.

Auch der Kanton Luzern hat sich ein ambitioniertes Ziel gesetzt. Er will, so Schultheiss Max Pfister in seiner Grussbotschaft zum heutigen Anlass, der KMU- freundlichste Kanton werden. Kommt nach dem Steuerwettbewerb der Vergangenheit in absehbarer Zukunft der KMU- Wettbewerb unter den Kantonen? Weshalb nicht. Wenn der Bund dabei ebenfalls mitmacht, sind wir auf dem richtigen Weg.

Neue Impulse

Aus all den gemachten Erfahrungen als Unternehmer und Politiker und basierend auf meinem persönlichen Wirtschafts- Staats- und Gesellschaftsverständnis, komme ich zu sechs Punkten, die mir für die Zukunft wesentlich erscheinen:

Wirkung, nicht Umfang ist entscheidend

Basierend auf der Erkenntnis, dass im Grundsatz die Marktwirtschaft die einzig richtige Form volkswirtschaftlichen Handelns ist, gilt es folgendes zu bedenken und einzuschränken: Weltweit absolut freie Marktwirtschaft in Reinkultur, ohne soziale und ökologische Verantwortung, verkommt auf den globalisierten Märkten zur Planwirtschaft des Kapitals. In diesem Bereich haben Organisationen wie GATT und WTO, insbesondere und in Zukunft vermehrt auch die UNO noch sehr viele Hausaufgaben zu machen. Es kann nicht sein, dass mit bedingungslosem Freihandel das Nord – Süd - Gefälle noch zunimmt und im Gegenzug die Industrienationen die Korrekturen via milliardenschwere Schuldenerlasse gegenüber den ärmsten Staaten vornehmen. Schuldenerlasse sind bekanntlich bilanzwirksam und belasten den eigenen Haushalt.

Es braucht regulierende, multinational geltende und greifende Massnahmen. Diese müssen aber an ihrer Wirkung und nicht an ihrem administrativen Umfang gemessen werden. Die einfachen Methoden sind vielfach die wirksamsten. Es braucht solche neuen weltweiten Impulse.

Den Fehler zuerst bei sich, und nicht beim Staat suchen

In diesem veränderten Umfeld haben auch die KMU, vor allem die über 200'000 sog. Micro-KMU ihre Hausaufgaben zu machen. Es gibt keine pauschalen Patentrezepte. Aber es gibt elementare Grundregeln. Und diese werden von den Unternehmern halt immer und immer wieder missachtet. Wer bspw. über eine längere Periode nicht kostendeckend wirtschaftet, der darf die Alarmglocke nicht abschalten, bevor er wieder in der Gewinnzone steht. Und dann braucht es eigene Impulse. Den Fehler zuerst beim Staat und seinem Umfeld zu suchen, ist zu einfach. Das greift in der Regel zu kurz.

Betriebswirtschaftliche Kompetenzen verbessern

Es sind vielfach nicht Mängel in der berufsspezifischen Qualifikation der KMU – wir haben in der Schweiz nach wie vor einen sehr hohen fachkundlichen Standard vorzuweisen - welche zu unbefriedigenden Ergebnissen führen. Verantwortlich sind häufig ungenügende kaufmännischen Kenntnisse und die fehlende Sensibilität, auf negative Veränderungen zu reagieren. Andererseits haben die vielen Klein- und Kleinstbetriebe mit verantwortungsvollem Handeln - gerade auch im sozialpolitischen Umfeld - in der jüngsten Vergangenheit bewiesen, dass sie auch im neuen weltwirtschaftlichen Umfeld ihre Daseinsberechtigung haben. Die grösste Herausforderung erleben unsere Betriebe im Finanzbereich. Die Konjunktur- und Strukturflaute und die Verschärfung des internationalen Wettbewerbes haben bei über der Hälfte der Schweizer KMU zu akuten Liquiditätsproblemen geführt. Diese Aussage ist eine Allgemeine; sie gilt sicher nicht für alle Branchen im gleichen Mass. Neue Impulse in der betriebswirtschaftlichen Kompetenz sind notwendig.

Der soziale Friede hat seinen Preis

Der soziale Friede bedarf auch in der Zukunft gepflegt und bewahrt zu werden. Dafür haben sich verschiedene Ebenen zu verwenden. Wir alle wissen, dass unser Wohlstand ein Kind des sozialen Friedens ist. Gefordert ist die Politik. Gerade im Zuge der Personenfreizügigkeit mit der EU verändert sich in der Schweiz der Arbeitsmarkt. Der Wettbewerb wird sicher nicht kleiner. Mit den flankierenden Massnahmen wurde ein Zu- und nicht ein Abbau von administrativen Las-

ten beschlossen. Die Arbeitgeber haben sehr grosse Konzessionen gemacht. Insofern hätten sie von den Gewerkschaften noch ein politisches Gegengeschäft zu gut. Bekanntlich wollen sich nun auch die Sozialdemokraten für eine gute Wirtschaftspolitik einsetzen und „die Schweiz in die Spitzengruppe der konkurrenzfähigsten Wirtschaftsnationen zurückkehren lassen“ (Zitat aus PK vom 18. Okt. 2005). Neue Impulse also seitens der Linken? Nun, der Niedergang des staatlichen Sozialismus ist auch schon über 15 Jahre her, es ist an der Zeit. Die SP hätte aber auch gleich das Gurtenmanifest von Frau Sommaruga, verfasst 2002, abschreiben können. Aber damals gab es für sie und die kleine Schar Mitstreiter nur Hohn und Spott aus der Feder der selbsternannten Unfehlbarkeit aus Brig.

Das Weggli und den Batzen gibt es nicht

Die Verantwortlichen in der Politik haben auf allen Ebenen dafür zu sorgen, dass die Wirtschaft sich zum Wohl aller Beteiligten weiter entwickeln kann. Es stehen bedeutende Aufgaben vor der Politik. Ich denke bspw. an die Sicherung der Sozialwerke. Vor allem bedarf es das Mitwirken aller massgebenden Kreise von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Eines aber ist sicher: Ohne Schmerzen wird die ganze Sache nicht ablaufen. All zu lange haben vor allem die Arbeitnehmerorganisationen vom Weggli und dem Batzen nicht nur geträumt, nein, sie ignorieren heute noch in schönfärberischer Art und Weise die demographische und die finanzwirtschaftliche Entwicklung. Neue Impulse bei den Sozialversicherungen sind gefragt.

Angekündigt ist nicht umgesetzt

Die eidgenössische Politik erkennt zwar seit langem das Problem der Veradministrierung der Volkswirtschaft. Aber sie bringt die Kraft für wirkliche Reformen nicht auf. Mit Ankündigungen in der Sonntagspresse, welche dann zwei Wochen später korrigiert oder widerrufen werden – kürzlich so geschehen mit dem einheitlichen Mehrwertsteuersatz aus dem eidg. Finanzdepartement – kommen wir nicht weiter. Im Gegenteil, solche Kurvenfahrten verunsichern und tragen auch nicht dazu bei, das ohnehin angeschlagene Vertrauen in die Politik zu stärken. Also, neue Impulse und nicht nur neue Ankündigungen.

Schlussbemerkung

Geben Sie mir, meine Damen und Herren, zum Schluss noch zwei Minuten zu einer grundsätzlichen Ueberlegung:

Das Unternehmertum hat sich über Jahrhunderte gewandelt, angepasst und sich immer wieder neu orientiert. Eines ist ihm dabei aber geblieben. Mit persönlichem Einsatz, den Blick nach vorne gerichtet und dem Glauben an die Zukunft haben Handwerker, Handelsleute und Dienstleistungsbetriebe sich immer wieder neu behauptet. Dabei konnten sie sich auf einen Partnerin berufen, die über alle Zeit fast unscheinbar und ohne grosses Aufsehen all die Volkswirtschaften beeinflusst hat und sie auch in Zukunft beeinflussen wird. Sie fragen sich nun, wer diese unscheinbare und doch so wichtige Partnerin ist? Ich meine die Ethik. Es gab und es gibt vor allem auch in der Wirtschaft eine Kraft, eine Macht, die nicht nur rational - nach Franken, nach Euro oder Dollar rechnet - auftritt. Es ist die Kraft der inneren Haltung der Menschen zu Leistung, Kapital, Mitarbeiter, Staat, Gesellschaft und zu sich selber. Gerade die letzten 15 Jahre mit den z. T. negativen Auswüchsen der Globalisierung haben die ethische Verantwortung des Unternehmertums wieder in einem neuen Licht erscheinen lassen. Dabei kommen die KMU gut weg. Und das mit Recht.

Die KMU fordern zu Recht unternehmerische Freiheiten. Freiheiten im Tun, gegebenenfalls auch im nicht Tun. Die Zwillingschwester der Freiheit ist die Verantwortung. Und diese Verantwortung gegenüber der Gesellschaft und dem Staat werden die KMU auch in Zukunft wahrnehmen; so wie sie es im Lauf der Geschichte immer wieder bewiesen haben.

Sie werden auch in Zukunft ein verlässlicher Partner des Staates sein. Diese Verlässlichkeit bedarf der Gegenseitigkeit. Die staatlichen Institutionen, besonders die öffentlichen Verwaltungen etwa, sollten diese Verlässlichkeit in Zukunft noch vermehrt zu schätzen wissen.

Ruedi Lustenberger, dipl. Schreinermeister, Nationalrat, 6113 Romoos